Öffentliche Bekanntmachung

Plangenehmigungsverfahren nach § 18a Allgemeines Eisenbahngesetz (AEG) i.V.m. § 74 Abs. 6 Verwaltungsverfahrensgesetz NRW (VwVfG NRW) für den „Einbau von fester Fahrbahn in einen Teilbereich des Gleises 101 im Bahnhof Duisburg Hafen“ durch die Duisburger Hafen AG (Duisport)

öffentliche Bekanntmachung des UVP-Verzichts

Antrag der Hafen Duisburg-Rheinhausen GmbH vom 14.07.2025

„Öffentliche Bekanntmachung gemäß § 5 Abs. 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) vom 24.02.2010 in der Fassung vom 08.09.2017 (BGBl. I S. 3370)

Die Duisburger Hafen AG (Duisport) hat mit Schreiben vom 14.07.2025 einen Antrag auf Erteilung einer Plangenehmigung gemäß § 18 Allgemeines Eisenbahngesetz (AEG) in Verbindung mit § 74 Abs. 6 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG NRW) für den Einbau einer festen Fahrbahn in einen Teilbereich des Gleises 101 im Bahnhof Duisburg-Hafen“ in Duisburg-Kaßlerfeld gestellt. Der bogen- und rampenförmige Abschnitt des Gleises 101 im Bereich westlich der Weiche 380 bis zur Eisenbahnüberführung Max-Peters-Straße soll in identischer Lage und Höhe vom Schotteroberbau in eine sogenannte „Feste Fahrbahn“ umgebaut werden.

Darüber hinaus wurde für die o.a. Maßnahme ein Antrag nach § 5 Abs. 1 Ziffer 1 UVPG zur Feststellung des Verzichts auf die Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung gestellt. Hierzu hat die Vorhabenträgerin Unterlagen für eine allgemeine Vorprüfung nach § 7 Abs. 4 UVPG i.V.m. Anlagen 1 und 2 zum UVPG vorgelegt. Die anhand der vorgelegten Unterlagen durchgeführte allgemeine Vorprüfung endet mit dem Ergebnis, dass die Umsetzung der Maßnahme keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen hat.

Im Rahmen der Bewertung der Kriterien für die Vorprüfung einer Umweltverträglichkeitsprüfung nach Anlage 3 zum UVPG ist festzustellen, dass die Merkmale des Vorhabens keine UVP erforderlich machen. Die Vorprüfung des Einzelfalls ergibt, dass durch die Umsetzung der Maßnahme keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen auf die Schutzgüter des UVPG ergeben.

Zur Darstellung und Bewertung der bau-, anlagen- und betriebsbedingten Auswirkungen der Maßnahme wurden eine Schalltechnische Untersuchung, eine Unbedenklichkeitserklärung (EBA Formblatt 5), ein Landschaftspflegerischer Kurzbericht, ein Bestands- und Konfliktplan, ein Maßnahmenplan sowie eine Artenschutzprüfung (1. und 2. Stufe) vorgelegt.

Schutzgut Mensch, insbesondere die menschliche Gesundheit

Die Vorprüfung des Einzelfalls hat ergeben, dass durch die Umsetzung der Maßnahme keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen auf das Schutzgut Mensch einschließlich der menschlichen Gesundheit zu erwarten sind.

Eine Schalltechnische Untersuchung wurde am 17.06.2025 erstellt, um die Auswirkungen der Gleisänderungen auf die Schallimmissionen zu beurteilen. Durch die Feste Fahrbahn erhöht sich einerseits die Schienenabstrahlung und andererseits kommt es an der Betonfahrbahn zu erhöhten Reflexionen des Schalls im Vergleich zum herkömmlichen Schotteroberbau. Mit dem Einbau einer Festen Fahrbahn ist daher im Umfeld mit um ca. 6 dB erhöhten Immissionen aus der Nutzung des Gleises zu rechnen. Sowohl im Bereich der zum Gleis nächstgelegenen Bebauung mit dem Schutzanspruch eines Gewerbegebiets als auch im südlichen Bereich mit Immissionsorten mit dem Schutzanspruch von Misch- und Wohngebieten werden die gebietsabhängig einzuhaltenden Grenzwerte der 16. BImSchV eingehalten. Die höchsten Beurteilungspegel im Planfall im Bereich der Bebauung mit dem Schutzanspruch eines allgemeinen Wohngebiets liegen bei 52 dB(A) tags und 49 dB(A) im Nachtzeitraum. Demnach ist der Immissionsgrenzwert der 16. BImSchV von 59 dB(A) tags und 49 dB(A) nachts eingehalten, sodass kein Anspruch auf Schallschutz dem Grunde nach vorliegt.

Eine UVP ist hinsichtlich des Schutzgutes Mensch einschließlich der menschlichen Gesundheit nicht erforderlich, da keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen zu erwarten sind.

Schutzgüter Tiere, Pflanzen und die biologische Vielfalt, Fläche, Boden, Wasser, Luft, Klima und Landschaft, kulturelles Erbe und sonstige Sachgüter

Zur Ermittlung des landschaftsökologischen Eingriffs, der durch den Umbau des Gleisabschnitts verursacht wird, wurde eine Eingriffs- und Aus-

gleichsbilanzierung beauftragt. Diese Bilanzierung wurde vereinbarungsgemäß ausschließlich für die Lebensraumfunktion über das Schutzgut Pflanzen, Tiere und biologische Vielfalt vorgenommen. Im Rahmen der durchgeführten Eingriffs- / Ausgleichsbilanzierung wird davon ausgegangen, dass besondere Funktionen der abiotischen Schutzgüter sowie des Landschaftsbildes nicht erheblich beeinträchtigt werden und somit auf eine genauere Erfassung dieser Schutzgüter verzichtet werden kann. Ausgehend von den Wirkungen werden Vermeidungs-, Minderungs- und Schutzmaßnahmen konzipiert. Für die Erstellung der Eingriffs- und Ausgleichsbilanz wurden die Biotoptypen und Tiervorkommen im Eingriffsbereich sowie in dem angrenzenden Umfeld während einer Kartierung am 22.05.2025 erfasst.

Das derzeit bestehende geschotterte Gleisbett ist in seiner Anlage mit durchschnittlich ca. 5,5 m breiter als die vorgesehene „Feste Fahrbahn“, die lediglich eine Breite von ca. 2,80 m aufweist. Da für die Umsetzung der Planung der gesamte Schotteroberbau auf dem untersuchten Abschnitt aufgenommen und beseitigt wird, steht nach Fertigstellung eine größere Fläche zur Wiederbegrünung zur Verfügung. Insgesamt werden ca. 1.620 m² im Bereich des derzeit geschotterten Gleises in eine „Feste Fahrbahn“ umgebaut. Darüber hinaus werden ca. 1.530 m² nicht mehr benötigte Schotterflächen entfernt, die später durch Einsaat wieder begrünt werden können. Zudem werden ca. 2.800 m² als zusätzliche Arbeitsstreifen, Zufahrten und BE-Flächen temporär in Anspruch genommen. Es ist zu beachten, dass es sich bei allen in Anspruch genommenen Biotopen des Damms, den Bahnanlagen und BE-Flächen um Bereiche handelt, die der Regelung des § 30 Abs. 2 Nr. 3 LNatSchG NRW (Natur auf Zeit) unterliegen.

Die im landschaftspflegerischen Kurzbericht aufgeführten Wiederherstellungs- und Vermeidungsmaßnahmen werden von der Duisburger Hafen AG umgesetzt.

In der Artenschutzprüfung (Stufe 1) Stand Juni 2025 wurde festgestellt, dass das Abstellgleis zwischen der BE-Fläche Am Unkelstein 30 und dem Gleis 101 von Mauereidechsen genutzt wird. Ein Vorkommen aus dem Gleis 101 ist demnach wahrscheinlich. Das Entfernen der geschotterten Fläche kann zur Auslösung des Tötungsverbotes für Reptilien führen. Zudem geht die Fläche als Lebensraum durch den Bau der festen Fahrbahn verloren. Hier ist, aufgrund des sehr kleinen Aktionsradius der Mauereidechse, die Auslösung des Schädigungsverbotes möglich. Für die

Mauer- und Zauneidechse ist aufgrund der behandelten Kriterien eine Artenschutzprüfung Stufe 2 für notwendig angesehen worden, da nach dem derzeitigen Kenntnisstand die Verbotstatbestände nach §39 Abs. 1 und § 44 Abs. 1 BNatSchG nicht ausgeschlossen werden können.

Im Rahmen der Artenschutzprüfung (2. Stufe) Stand Juni 2025 wurden die Wirkungen des geplanten Vorhabens auf das potenzielle Artenspektrum beschrieben. Durch die Potentialkartierung und einer weiteren Reptilienkartierung konnte das Artenspektrum auf die Mauereidechse und Fledermäuse eingegrenzt werden. Aufgrund der Wirkungen des Vorhabens besteht nur für die Mauereidechse eine mögliche Gefährdung durch das Vorhaben. Durch geeignete Vermeidungsmaßnahmen in Form von Vorgaben für die Bauzeit und das Aufstellen eines Schutzzaunes zum Schutz essentieller Nahrungshabitate (Bautabuflächen) werden Tötung und Schädigung der Mauereidechse vermieden. Insgesamt können bei Einhaltung der Maßnahmen zur Konfliktvermeidung mit hoher Wahrscheinlichkeit artenschutzrechtliche Verbotsbestände nach § 44 Abs. 1 BNatSchG für die Tierarten nach Anhang IV der FFH-Richtlinie sowie der europäischen Vogelarten ausgeschlossen werden.

Die in der Artenschutzprüfung der 2. Stufe aufgeführten Maßnahmen zur Konfliktvermeidung werden von der Duisburger Hafen AG umgesetzt.

Eine UVP ist hinsichtlich der Schutzgüter Tiere, Pflanzen und die biologische Vielfalt nicht erforderlich, da keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen zu erwarten sind.

Schutzgüter Fläche, Boden, Wasser, Luft, Klima und Landschaft, kulturelles Erbe und sonstige Sachgüter sowie Wechselwirkungen

Eine UVP ist hinsichtlich der weiter zu beachtenden Schutzgüter Fläche, Boden, Wasser, Luft, Klima und Landschaft, kulturelles Erbe und sonstige Sachgüter sowie Wechselwirkungen nicht erforderlich, da keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen zu erwarten sind.

Die in Ziffer 2 der Anlage 3 zum UVPG genannten Standortkriterien als Nutzungs-, Qualitäts- und Schutzkriterien werden nicht beeinträchtigt. Schützenswerte Gebiete sind nicht in erheblichem Umfang betroffen. Durch geeignete Maßnahmen werden Beeinträchtigungen vermieden.

Gemäß § 9 i.V.m. § 7 Abs. 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) ist eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen, wenn das Vorhaben nach Einschätzung der zuständigen Behörde aufgrund überschlüssiger Prüfung unter Berücksichtigung der in Anlage 3

zum UVPG aufgeführten Kriterien erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen haben kann, die nach § 25 Abs. 2 UVPG zu berücksichtigen wären. Aus der o. a. Bewertung hat im vorliegenden Fall die allgemeine Vorprüfung im Einzelfall ergeben, dass erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen durch das beantragte Vorhaben nicht zu erwarten sind.

Gemäß § 5 Abs. 1 Satz 1 UVPG stelle ich daher fest, dass für das beantragte Vorhaben eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung **nicht** besteht.

Die Feststellung ist gemäß § 5 Abs. 3 Satz 1 UVPG nicht selbständig anfechtbar.

Im Auftrag
gezeichnet
Dietz